



NR°2
Mai 2023

AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



Foto: pixabay.com

WENN DAS VERTRAUEN STIRBT

Am 19. März 2023 verfügt der Bundesrat per Notrecht die Fusion der Credit Suisse (CS) mit der UBS. Die Rettungsaktion mit staatlichen Garantien in dreistelliger Milliardenhöhe markiert den Untergang der 166-jährigen Traditionsbank, einst ein Eckpfeiler des Schweizer Finanzplatzes. Todesursache: Galoppierender Vertrauensverlust. Wie konnte es so weit kommen? Chronik eines angekündigten Todes.

AZB
3001 Bern

Post CH AG

Februar 2020: CS-Chef Thiam tritt wegen eines Spionageskandals zurück. **März 2021:** Die CS verliert beim Zusammenbruch von Greensill Capital 10 Milliarden USD. Sie hat laut FINMA ihre Aufsichtspflichten «in schwerwiegender Weise» verletzt. **März 2021:** Archegos Capital Management geht in Konkurs. Die CS schreibt erneut 5,5 Milliarden USD Verlust – wegen «grundlegenden Versagens des Managements». **Oktober 2021:** Bestechungsskandal in Mosambik: 475 Millionen USD Geldstrafe für die CS. **Januar 2022:** Rücktritt des CEO Antonio Horta-Osorio wegen Verstosses ge-

gen die Covid-Bestimmungen. **Februar 2022:** Datenleck enthüllt: CS akzeptierte über Jahre Drogendealer, Autokraten und Menschenhändler als Kunden. Diese dementiert. **März 2022:** Richter auf den Bermudas verurteilt die CS zu 553 Millionen USD Schadenersatz wegen Betrugsvorfällen. **Juni 2022:** Bundesstrafgericht verurteilt die CS wegen nicht verhinderter Geldwäscherei eines bulgarischen Kokainhändlerings zu 2,1 Millionen. **Februar 2023:** CS meldet mehr als 110 Milliarden CHF Kapitalabflüsse. **14. März:** Bei der Veröffentlichung ihres Jahresberichts gesteht die CS «wesentli-

che Schwachstellen» in ihren Finanzkontrollen ein. **15. März:** Grossaktionär Saudi National Bank erklärt, «auf keinen Fall» weiteres Geld einzuschliessen. Die Aktie der CS fällt zeitweise um mehr als 30% auf ein Allzeit-tief von 1.55 CHF. **16. März:** Die CS leiht sich bei der SNB bis zu 50 Milliarden. **17. März:** CS verzeichnet tägliche Geldabflüsse von rund 10 Milliarden USD. **18. März:** Der Vertrauensverlust kann nicht gestoppt werden. Die SNB vermittelt eine Übernahme durch die UBS. **19. März:** Die UBS übernimmt die CS. Die Aktionäre erhalten noch 76 Rappen pro Aktie.

ENDLICH KLIMASCHUTZ 3

Das Klimaschutzgesetz setzt auf konkrete Ziele und Massnahmen, um das Klima rasch und wirksam zu schützen.

ETHISCHES WIRTSCHAFTEN 4

Wie die Innovationskraft sozialer Unternehmen die Wirtschaft ethischer machen soll – Nik Gugger im grossen Interview.

ECHTE GLEICHSTELLUNG 9

«Von Zeit zu Zeit muss ich beweisen, dass ich noch behindert bin!» – Simone Leuenberger über Schikane und Inklusion.

VERTRAUEN ZURÜCKGEWINNEN



Foto: Rebekka Sulzer

«Vertrauen ist die Grundlage von Beziehungen, unseres Zusammenlebens, des Wirtschaftssystems und auch der Politik. Doch aktuell stecken wir in einer Krise. Nicht in einer Krise, die von aussen über uns hereinbrach, sondern eine, die selbstverschuldet ist. Verursacht durch einen gravierenden Vertrauensverlust – wegen wiederholtem Managementversagen, mehrfachen Betrugsfällen und falschen finanziellen Anreizen innerhalb der Credit Suisse», so die Worte meines Votums in der ausserordentlichen Session des Nationalrates.

Wir drei Nationalratsmitglieder der EVP waren einerseits dankbar, dass der Bundesrat am 19. März eingegriffen hatte, um die Finanzmärkte auch international zu stabilisieren. Die gewählte Lösung hinterliess jedoch auch viele offene Fragen und Unsicherheiten. Warnten nicht Experten vor einer neuen Mega-Bank UBS, die noch weniger kontrollierbar sein wird? Wäre nicht eine temporäre Verstaatlichung und Sanierung der Credit Suisse der bessere Weg? Auch gegenüber der nun gewählten Lösung fehlt es an Vertrauen.

Nicht zuletzt, weil diese Lösung der milliardenschweren Bankenrettung letztmalig ist – bei der nächsten Bankenkrise steht sie schlicht nicht mehr zur Verfügung. Die Risiken für den Schweizer Finanzplatz und für unsere Wirtschaft vergrössern sich um ein Vielfaches.

In jedem Fall braucht es jetzt einiges an Aufarbeitung. Nur so können wir verstehen, was passiert ist, daraus lernen und die dringend notwendigen Leitplanken richtig setzen. Aber auch der Risikoappetit und die Gier nach Boni müssen aufhören: Boni und variable Vergütungen sollen für staatsnahe Betriebe und systemrelevante Banken bei gutem Geschäftsjahr auf maximal zwei Monatslöhne begrenzt werden. Dies ist eine weitere unserer Forderungen vor dem Rat, neben einer Erhöhung der Eigenmittel.

Es braucht somit einige grundlegende Veränderungen, um das verlorene Vertrauen wieder zurückzugewinnen. Letztlich braucht Vertrauen aufrichtiges, transparentes, vorausschauendes und verantwortungsbewusstes Handeln. Kurz: ein ethisches Wirtschaften, eine ethische Wirtschaft. Dazu mehr im Interview mit unserem Sozialunternehmer Nik Gugger in der Heftmitte.

Herzlich

Lilian Studer

Lilian Studer
Parteipräsidentin EVP Schweiz



Druck | ID: 53458-1410-1071

Beschlüsse der DV am 26. November 2022 und 25. März 2023 für die Abstimmung vom 18. Juni 2023:



Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (Klimaschutz- und Innovationsgesetz)

JA



Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

JA



Änderung des Covid-19-Gesetzes

JA

EVP SOCIAL MEDIA



facebook.com/evppev



evppev



EVP Schweiz



@evppev

PROSPERITA

Die christlich-ethische Pensionskasse



Nathalie Niederhauser
Fachfrau Betreuung
Foyer des Prés



Dominic Bernhard
Polier
Brügger Gärten AG



Michelle Zurbuchen
Med. Praxisassistentin
Wise Medicine



Simon Tanner
International Director
Stiftung Helimission

Die Pensionskasse für Unternehmen, Organisationen und Kirchgemeinden, denen eine christlich-ethische Vermögensanlage am Herzen liegt.

www.prosperrita.ch

IMPRESSUM

AKZENTE: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)
Das Abonnement erneuert sich jährlich automatisch, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr
Herausgeber: EVP Schweiz, PF, 3001 Bern, 031 351 71 71, info@evppev.ch, evppev.ch
Chefredaktion: Dirk Meisel
Grafik: Nadja Röthlisberger
Adressen und Aboverwaltung: Monika Loosli, 031 351 71 71

Druck und Vertrieb: Jordi AG, Belp
Copyright: Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Leona Eckert, Nik Gugger, Marc Jost, Simone Leuenberger, Dirk Meisel, Roger Moser, Elisabeth Rickenbach, Roman Rutz, Mathias Steinhauer, Lilian Studer

Vielen Dank allen für Ihr Engagement!



Foto: Marco Roth

Progressiv und Werte bewahrend

Das Wort «konservativ» kann heute irritieren. Selten ist es nur als Kompliment gemeint. Ich erlebe das manchmal persönlich in Gesprächen oder in den Medien. Ich bekenne mich trotzdem zu einem Wertekonservatismus, ohne der Karikatur zu entsprechen, die man sich mitunter macht. Denn konservativ muss nicht reaktionär heissen. Im Gegenteil: Ich will progressiv, innovativ und weltoffen denken und handeln. Ebenso lebe ich eine soziale Politik, ohne sozialistisch zu sein. Konkret setze ich das im Nationalrat so um, dass ich mich sowohl für die traditionelle Familie und Ehe mit Vater, Mutter und Kind engagiere (Kinderzulagen) als auch für Themen wie E-Voting (z.B. für Auslandschweizer und behinderte Menschen). Gemeinsam mit meinen Nationalratskollegen engagiere ich mich auch für einen Sozialstaat, der sich der Schwächsten annimmt. So haben wir z.B. die Motion meiner Vorgängerin Marianne Streiff für Langzeitbeziehende von Nothilfe überweisen können, die eine humanitäre Aktion ermöglicht. Diese wertekonservative, progressive und soziale Kombination ist mir wichtig. Sie ist auch einzigartig, weil sie so bei keiner anderen Partei als der EVP zu finden ist.

MARC JOST
NATIONALRAT
marc.jost@parl.ch

MEILENSTEIN IN DER KLIMAPOLITIK

Am 18. Juni stimmen wir über das sogenannte Klimaschutzgesetz ab, den gesetzlichen Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative. Die Initianten sprachen von einem «Meilenstein in der Klimapolitik» und zogen ihre Initiative bedingt zurück. Das neue Gesetz schreibt neben konkreten Zielen wirksame und rasch umsetzbare Massnahmen fest. Auch die Delegierten der EVP Schweiz sagten bereits im letzten November nahezu einstimmig Ja zum Klimaschutzgesetz.



Foto: pixabay.com

Verspricht wirksame und rasch umsetzbare Massnahmen: Das Klimaschutzgesetz

Die Volksinitiative «Für ein gesundes Klima (Gletscher-Initiative)» will das Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2050 auf Netto Null zu senken, in der Verfassung festschreiben – ein Ziel, zu dem sich die Schweiz zusammen mit über 180 Staaten im Pariser Klimaabkommen vertraglich bereits verpflichtet hat. Die EVP unterstützte seinerzeit die Unterschriftensammlung und reichte die Gletscher-Initiative im November 2019 mit ein.

Wirksamer und rascher Klimaschutz

In der Herbstsession 2022 erarbeitete das Parlament einen gesetzlichen Gegenvorschlag, den Nationalrat (139:51) und Ständerat (38:4) mit deutlichen Mehrheiten annahm. Auch die Initianten bescheinigten dem Gegenvorschlag, dass er einen wirksamen und raschen Klimaschutz ermöglicht. Daher zogen sie ihre Initiative bedingt zurück. Nur die SVP stimmte im Parlament gegen das Gesetz und ergriff zusammen mit der EDU das Referendum.

Konkrete Ziele

Das Klimaschutzgesetz gibt klare Verminderungsziele für klimaschädliche Emissionen vor: Bis 2040 müssen diese gegenüber 1990 um 75 Prozent zurückgehen. Auch für Hausbesitzer, den Ver-

kehr oder die Industrie setzt das Gesetz Zwischenziele. Alle Verminderungsziele müssen technisch möglich und wirtschaftlich tragbar sein. Soweit möglich sollen alle Emissionsvermindierungen im Inland erreicht werden.

Rasche Massnahmen

An konkreten Massnahmen stellt das Gesetz z.B. insgesamt 3,2 Milliarden Franken an Finanzhilfen bereit, um den Ersatz fossiler

Heizungen, Sanierungen sowie neue Technologien zu fördern. Bundes- und Kantonsverwaltungen sowie die bundesnahen Unternehmen müssen Netto-Null bis 2040 erreicht haben. Zudem sollen Bund und Kantone bis 2050 Speicher für Kohlenstoff im In- und Ausland bereitstellen.

DIRK MEISEL
LEITER KOMMUNIKATION EVP CH
dirk.meisel@evppev.ch

Was spricht dafür?

- **Ein gesundes Weltklima:** Der Klimawandel bedroht die menschliche Zivilisation. Hitzesommer, Trockenperioden für die Landwirtschaft, gefährdeter Wasserhaushalt, sterbende Gletscher und Schutzwälder sind auch in der Schweiz spürbar. Das Klimaschutzgesetz ist unser Schweizer Beitrag für ein gesundes Weltklima.
- **Technologiestandort stärken:** Der notwendige weltweite Umbau des Energiesystems ist eine riesige Chance für die Schweiz als führender Wissenschafts- und Technologiestandort. Sie kann an ihren Hochschulen Lösungen entwickeln, die weltweit wirken.
- **Einheimische Energie und Wertschöpfung:** Bis zu 7 Milliarden jährlich gab die Schweiz in den letzten Jahren für fossile Energien aus. Wenn wir unsere einheimischen Energien konsequent fördern, bleiben Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Land.
- **Raus aus der Abhängigkeit:** Erdöl, Ergas und Kohle heizen das Klima an. Sie begünstigen zudem Machtkonzentration und -erhalt autoritärer Regime. Wir verfügen im Inland über saubere, dezentrale und erneuerbare Alternativen.

«MIT DEN HÖCHSTEN BONI BEKOMMT MAN NICHT DIE BESTEN MANAGER, SONDERN DIE GIERIGSTEN.»

Mit der Credit Suisse ging im März eines der Herzstücke des Schweizer Bankenplatzes beinahe bankrott. Das Parlament verweigerte den milliarden schweren Rettungskrediten des Bundesrates im Nachhinein seine Zustimmung – juristisch zwar ohne Konsequenzen, doch nicht ohne politische Signalwirkung. Nationalrat Nik Gugger über Frust und Wut in der Bevölkerung sowie Vertrauensverlust und Verantwortungsgefühl in den Management-Etagen der Banken. Und über ethisches Wirtschaften sowie darüber, wie sich die Innovationskraft sozialer Unternehmen nutzen liesse, um Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.



Nik Gugger, 52

Nationalrat, Winterthur, verheiratet mit Beatrice, 3 Kinder, Sozialunternehmer, für die EVP im Nationalrat seit 2017, Mitglied der Aussenpolitischen Kommission, Vizepräsident der EVP Schweiz

Erschütterung, Empörung, Wut – als die traditionsreiche Schweizer Grossbank Credit Suisse am 19. März nur durch Übernahme und milliarden schwere Notfallkredite gerettet werden konnte, ging ein Sturm der Entrüstung durchs Land – was ging in dir vor, als du von der Notfallrettung erfuhrst?

Ich war frustriert und wütend. Wie kann es sein, dass eine Top-Bank jahrelang Misswirtschaft betreiben kann, milliardenhohe Strafen zahlen muss, hohe Risiken eingeht, fette Boni auszahlt und am Ende die Steuerzahlenden und der Bund dafür geradestehen müssen? Das geht mir nicht in den Kopf.

Die gründliche Analyse der Geschehnisse steht noch aus. Aber kannst du zum heutigen Zeitpunkt bereits Ursachen ausmachen, die zum Beinahe-Zusammenbruch eines der Herzstücke des Schweizer Bankenplatzes geführt haben?

Ich glaube, der entscheidende Punkt war, dass die Leute kein Vertrauen mehr hatten. Die Führungskultur der Bank verursachte in den letzten Jahren viele Situationen, die zu einem Misstrauen führten etwa die mehrfachen Millionen-Strafen, welche die CS in den USA zahlen musste. Regelverletzungen wurden zum Normalfall erklärt und die CS hatte die Haltung «Wir zahlen das dann einfach, falls es rauskommt». Als dann die Silicon Valley Bank Bankrott ging, feuerte dies das Misstrauen der CS-Kunden an und sie wollten ihr Geld so schnell wie möglich retten.

Du bist in den letzten Wochen viel auch mit Bankern im Gespräch gewesen. Wie ist dein Eindruck: Ist so etwas wie Einsicht und Verantwortungsgefühl zu spüren oder eher Selbstrechtfertigung und Unverständnis über die landesweite Empörung?

Es kommt darauf an, mit welchen Bankern man spricht. Während die einen finden, dass die Verantwortungslosigkeit der CS-Führungsetage gross war, sehen andere die Schuld eher «im System». Sicher ist, dass vielen die Tragweite in der Woche vor dem ominösen 19. März nicht bewusst war. Dass auch auf Seiten der Politik der Handlungsbedarf noch nicht überall angekommen ist, zeigt der jüngste, mir völlig unverständliche Entscheid des Zürcher Kantonsrates gegen eine Deckelung der Banker-Boni.

Der Nationalrat hat sich in seiner ausserordentlichen Session im April geweigert, die vom Bundesrat per Notrecht gesprochenen milliarden schweren Nothilfekredite zur Ret-

tung der Credit Suisse abzusegnen. Zu Recht?

Die beiden anderen EVP-Nationalratsmitglieder und ich waren mit dem Nein des Nationalrats nicht einverstanden. Meines Wissens ist es der grösste Verpflichtungskredit, den wir je zu beraten hatten. Der Entscheid hatte keine Auswirkung auf die Verträge, auf die staatspolitische Verantwortung jedoch schon. Ich war von der Mehrheit des Nationalrates sehr enttäuscht. Dieses Nein des Nationalrates sendete klar ein falsches Zeichen aus: Dass man dem Finanzplatz Schweiz nicht mehr vertrauen kann. Der Entscheid gefährdet somit 10'000 Arbeitsplätze. Es gilt aber auch im Wahljahr Verantwortung zu tragen und nicht populistisch zu sein.

Welche Konsequenzen hat dieses doch eher politische Signal? Bleibt jetzt alles beim Alten, weil die Änderungsvorschläge von links und rechts

abgelehnt wurden?

Das Signal der Legislative an die Exekutive ist stark. Das Regieren mit Notrecht wird nur in äussersten Krisenfällen angewandt. In Anbetracht der Umstände musste allerdings der Bundesrat mit Notrecht reagieren, was für viele aber unverständlich war. Das Parlament hatte ursprünglich verschiedene Prüfberichte vom Bundesrat verlangt, um künftige Regulierungsschritte zu prüfen. Diese wurden zum Teil ebenfalls abgelehnt und müssen nun neu diskutiert werden. Darum habe ich am Ende der ausserordentlichen Session vor Ostern auch ein Postulat eingereicht zum ethischen und nachhaltigen Wirtschaften im Finanzsektor und bei staatsnahen Betrieben, z.B. zu Fragen der Risikominimierung, Verantwortungsübernahme oder der Lohnkultur.

Welche Massnahmen müssten aus deiner Sicht ergriffen



Nik Gugger : «Der entscheidende Punkt war, dass die Leute kein Vertrauen mehr hatten.»

Fotos: Dirk Meisel

werden, um den Schweizer Finanzplatz nachhaltig zu stabilisieren und das verspielte Vertrauen zurückzubringen?

Ich denke, da müsste man an verschiedenen Orten ansetzen. Aus meiner Sicht müsste man unbedingt das ethische Wirtschaften stärken. Dies zum einen, indem man die variablen Vergütungen reguliert. Denn die immer höheren Boni haben das unethische Wirtschaften angefeuert und zu einer Selektion fragwürdiger Führungspersonen geführt. Mit den höchsten Boni bekommt man offenbar nicht die besten Manager, sondern eher die gierigsten.

Weiter müsste man sich überlegen, das Schweizer Geschäft der Credit Suisse vom internationalen Geschäft zu trennen. Meiner Meinung nach müssten zudem Verwaltungsräte und Führungskräfte mit einem Sinn für ethisches Wirtschaften, Charakter und Durchsetzungsvermögen gewählt werden.

Du wirbst seit Jahren – über den Bankensektor hinaus – für ein ethisches und soziales Unternehmertum, für ethisches Wirtschaften. Was konkret stellst du dir darunter vor?

Sens Suisse, der Verband sozialer Unternehmen in der Schweiz, beschreibt es aus meiner Sicht sehr gut: Soziales Unternehmertum schafft eine Wirtschaft mit positiver gesellschaftlicher Wirkung. Auswirkungorientiert, wertebasiert, sinnhaft, partizipativ und verantwortlich. Der Unternehmenszweck liegt auch in der positiven sozialen, ökologischen oder kulturellen Wirkung. Die Wirtschaft muss verantwortungsvoll mit Menschen und Ressourcen umgehen. Wirtschaft darf nicht reine Profitmaximierung sein.

Indem sich die Unternehmen nicht nur oder primär auf Gewinne, sondern auch auf die Menschen konzentrieren, fördern sie den sozialen Zusammenhalt und unterstützen das Gemeinwohl. Unternehmen ha-



«Wir müssen das ethische Wirtschaften unbedingt stärken.»

ben auch eine gesellschaftliche Verantwortung. Welche innovativen und kreativen Geschäftsideen entwickeln sie, um Gewinn zu erwirtschaften und gleichzeitig schwächere Menschen zu integrieren, etwa Geflüchtete, Personen mit Behinderungen oder mit schwachen schulischen Leistungen? Wie können Nachhaltigkeitskriterien in Produktion und Dienstleistung priorisiert werden? Wir brauchen unbürokratische Rahmenbedingungen für faires Wirtschaften.

Gibt es Beispiele unter den Grossunternehmen, die das in diese Richtung bereits leben?

Genossenschaftsunternehmen wie die Migros und Mobiliar gehen ansatzweise in diese Richtung. Ihre Gewinne fliessen teilweise in soziale, ökologische oder kulturelle Projekte, wobei die Konsumenten auch mitbestimmen können, was gefördert wird.

Wie könnte man dies in der Schweiz stärken und ausbauen?

Meiner Meinung nach müsste man die gesetzliche Rahmenordnung zur Förderung des sozialen Unternehmertums an-

passen, also eine gesetzliche Grundlage schaffen, welche die Anerkennung und Förderung von sozialen Unternehmen ermöglicht. Dies können Angebote zur erleichterten Finanzierung, steuerliche Anreize, Beratungsstellen für soziale Unternehmen, spezielle Berücksichtigung von sozialen Unternehmen bei der öffentlichen Beschaffung etc. sein. Ich habe dazu bereits im Juni 2021 einen Vorstoss eingereicht.

«Die Regierungen von Südkorea und Quebec nutzen und fördern die Innovationsfähigkeit sozialer Unternehmen, um ihre Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.»

Gibt es Länder, in denen man da schon weiter ist? Wie machen die es?

Die EU ist schon lange dran und darum hat die Europäische Kommission Partnerschaften mit vielen Interessenträgern begonnen. Seit 2021 werden diese Bemühungen im «Social Economy Action Plan» gebündelt, der die Rahmenbedingungen für soziale Unternehmen in allen wirtschaftlichen Bereichen stärken soll.

Diese breite Förderung über

Departemente und Sektoren hinweg ist auch das Erfolgsrezept von anderen Ländern und Regionen, die im Bereich des sozialen Unternehmertums sehr weit fortgeschritten sind. Zum Beispiel fördern und «nutzen» die Regierungen von Südkorea und Quebec (Kanada) die Innovationsfähigkeit sozialer Unternehmen, um ihre Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Die Überlegung ist einfach: Wenn bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht nur diese erfüllt werden können, sondern gleichzeitig damit ein Unternehmen gestärkt werden kann, welches im Kern soziale und ökologische Ziele verfolgt, schlägt man gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe.

.....
INTERVIEW: DIRK MEISEL
LEITER KOMMUNIKATION EVP CH
 dirk.meisel@evppev.ch

OECD-STEUER FÜR MEHR STEUERGERECHTIGKEIT

Die OECD sowie die G20 haben die internationalen Steuerregeln verschärft: Angesichts zunehmender Globalisierung und Digitalisierung sollen grosse, internationale Konzerne mindestens 15 Prozent Steuern auf ihren Gewinn abliefern. Die Schweiz und weitere rund 140 Staaten haben sich verpflichtet, dies umzusetzen. Am 18. Juni stimmen wir darum über einen Verfassungsartikel ab, der diese Mindestbesteuerung ermöglicht. Der Bundesrat würde dann diese Steuer auf den 1. Januar 2024 mittels Verordnung einführen.



Foto: zVg

Die Mindeststeuer reduziert sowohl den Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen als auch international.

Tiefe Steuern ziehen Unternehmen an. Die Schweiz und andere Länder praktizieren dies seit Jahren. Insbesondere steuer-günstige Kantone wie Zug haben sich darauf spezialisiert, ausländische Konzerne in die Schweiz zu holen. Aus Sicht der EVP ist eine internationale Mindeststeuer denn auch ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit, denn Steuern sollten dort entrichtet werden, wo der tatsächliche Unternehmenssitz liegt und nicht dort, wo die Steuersätze am tiefsten sind.

99 Prozent der Unternehmen nicht betroffen

Der neuen Mindestbesteuerung unterliegen nur grosse, international tätige Unternehmens-

gruppen mit einem jährlichen Umsatz von mindestens 750 Millionen Franken. In der Schweiz zählen einige wenige Hundert inländische sowie wenige Tausend ausländische Unternehmensgruppen dazu. Rund 99 Prozent der Unternehmen in der Schweiz sind von der Reform nicht betroffen und werden wie bisher besteuert.

Ergänzungssteuer bis 15%

Die neue Mindeststeuer soll dadurch realisiert werden, dass eine Ergänzungssteuer eingeführt wird: Wo die genannten Unternehmensgruppen die 15 Prozent Mindestbesteuerung nicht erreichen (z.B. im Kanton Zug), wird eine Ergänzungssteuer erhoben, bis die 15 Prozent

erreicht sind. Diese Ergänzungssteuer ist eine Bundessteuer, wird aber durch die Kantone erhoben (wie bei der direkten Bundessteuer).

Keine Steuergeschenke ins Ausland

Würde die Schweiz auf diese Ergänzungssteuer verzichten, könnten die Länder, in denen der Umsatz erwirtschaftet wird, diese Ergänzungssteuer einfördern. Für die Unternehmen hiesse das einen erheblichen Mehraufwand sowie grosse Rechtsunsicherheit. Damit würde der Standort Schweiz massiv an Vertrauen und Attraktivität verlieren – und die Unternehmen müssten die 15 Prozent Steuern ohnehin entrichten. Die Schweiz verlöre dann jedoch die Steuererträge, da die Steuern dann im Ausland anfallen und entrichtet würden.

Am Ende kommt es allen Kantonen zugute

Der Ertrag aus der Ergänzungs-

steuer geht zu 75 Prozent an die betroffenen Kantone und zu 25 Prozent in die Bundeskasse. Er soll für Massnahmen zur Standortförderung eingesetzt werden. Die EVP hätte eine Verteilung von je 50 % an Kantone und Bund bevorzugt, da nur wenige Kantone (z.B. Zug, Basel-Stadt) von den zusätzlichen Einnahmen profitieren werden. Der Ständerat verhinderte jedoch diese Lösung.

Die EVP-Nationalratsmitglieder stimmten der Vorlage letztlich dennoch zu. Immerhin werden die finanzstarken Kantone über den Finanzausgleich auch wieder höhere Zahlungen zu Gunsten der finanzschwachen Kantone leisten. Die Delegierten der EVP Schweiz stimmten der Vorlage mit 93 zu 4 Stimmen bei 4 Enthaltungen ebenfalls deutlich zu.

ROMAN RUTZ
GENERALSEKRETÄR EVP CH
roman.rutz@evppev.ch

Was spricht dafür?

- Steuerwettbewerb zwischen Kantonen wird verringert. Grosse Unternehmen zahlen in allen Kantonen mind. 15 % Gewinnsteuern
- Durch die Ergänzungssteuer bleiben die Steuererträge in der Schweiz und sichern somit staatliche Leistungen ab.
- Die Mindestbesteuerung reduziert auch den internationalen Steuerwettbewerb.
- Die Einnahmen helfen, die Standortattraktivität weiterhin hochzuhalten und auch für grosse Unternehmensgruppen interessant zu bleiben.
- Rechtssicherheit und Planbarkeit für Unternehmen: In der Schweiz ansässige Steuern werden hier besteuert und nicht von diversen anderen Ländern mit einer Ergänzungssteuer belastet.
- Ein Nein zur Vorlage verhindert die rechtzeitige Einführung der Ergänzungssteuer und führt zu grosser Rechtsunsicherheit für die Unternehmen.

NEUTRALITÄTSMYTHOS VERSUS VÖLKERRECHT

Die Vorstellung der Schweiz als ein strikt neutrales Land ist ein Mythos. Bereits seit Jahrzehnten leben wir die Neutralität sehr differenziert. Das Völkerrecht gebietet sogar die Parteinahme. Und auch das Neutralitätsrecht lässt sehr viel Handlungsspielraum, der genutzt werden könnte, ohne die Neutralität zu verraten.

In der Bundesverfassung steht, dass wir die Neutralität bewahren sollen, gleichzeitig aber auch das Völkerrecht – und dieses verbietet u.a. einen Angriffskrieg. Wir stehen somit politisch in einem verfassungsrechtlichen Spannungsfeld, in dem die einen stärker das Neutralitätsprinzip betonen, während die anderen das Völkerrecht verteidigen wollen, das angegriffene Staaten in Schutz nimmt.

Differenzierte, nicht integrale Neutralität

Seit Jahrzehnten lebt die Schweiz ihre Neutralität nicht integral, also absolut, sondern sehr differenziert. Bereits 1993 vertrat der Bundesrat die Auffassung, dass die Neutralität nicht für

UNO- oder EU-Sanktionen gelte. Sanktionen gegen Kriegsparteien sind historisch gesehen nichts Neues.

Parteinahme sogar geboten

Das Völkerrecht selbst gibt neutralen Staaten lediglich einen minimalen Rahmen vor. Es lässt ihnen grossen Handlungsspielraum – solange sie nicht aktiv eine Kriegspartei militärisch unterstützen. Das Neutralitätsrecht selbst ist mehr als 100 Jahre alt und stammt aus einer Zeit, in der es noch keine UNO-Charta gab. Damals waren Angriffskriege nicht verboten, entsprechend durften neutrale Staaten keine Partei bevorzugen. Heute dagegen dürfen Angreifer und Verteidiger rechtlich auf

Grund der UN-Charta nicht mehr gleichbehandelt werden. Parteinahme für den angegriffenen Staat ist somit auch für Neutrale geboten.

Kriegsmaterialgesetz sieht Ausnahmen vor

Der Bundesrat hätte aus Sicht des Völkerrechts längst agieren können, ja agieren müssen. Der Spielraum dazu wäre auch für die Schweiz gegeben. Selbst das gerade erst verschärfte Kriegsmaterialgesetz sieht Ausnahmen für ausserordentliche Umstände vor, was zum Beispiel eine Wiederausfuhr von Kriegsmaterial durch demokratische Drittstaaten ermöglichen würde.

Gute Dienste gut möglich

Es trifft auch nicht zu, dass die Guten Dienste wie Friedensverhandlungen oder Schutzmandate nur dank strikter Neutralität möglich wären. Schweden ist nicht neutral, hat jedoch mehr Schutzmandate als die Schweiz. Norwegen ist sogar weder neutral noch bündnisfrei – es hat aktuell die operative Führung der NATO inne – aber hat nicht im Geringsten eine schlechtere Reputation bezüglich Guter Dienste, Friedensförderung und humanitärer Tradition.

MARC JOST
NATIONALRAT
marc.jost@parl.ch

Anzeige

Lust auf Zukunft
mit Dr. Johannes Hartl

16. Juni 2023
20.00 Uhr
in Thun

Mit Seminarprogramm für Geschäftsleute
Themen: Leiten und Lieben
Inspiriert führen
ab 14.30 Uhr

Anmeldung:
www.hope-business-club.ch/hartl

QR code

Schweizerische Evangelische Allianz

Wir bauen gemeinsam weiter.

Bauen Sie mit uns!

Mit Ihrer Einzelmitgliedschaft unterstützen Sie das SEA-Team beim täglichen Einsatz für ein gelebtes Miteinander der Christen.

JETZT EINZELMITGLIED WERDEN:

QR code

Gemeinsam besser

www.each.ch

Anzeige

KINDERBETREUUNG

Wenn es um Qualität und Bezahlbarkeit familienergänzender Betreuung von Vorschulkindern geht, liegt die Schweiz in einer UNICEF-Studie unter den OECD- und EU-Staaten auf dem drittletzten Platz. Der Nationalrat will dies ändern. Der Bund soll sich an den Kosten der Eltern für die familienergänzende institutionelle Kinderbetreuung beteiligen. Das Gesetz will die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätig-

keit verbessern sowie die Chancengerechtigkeit für Kinder im Vorschulalter erhöhen. Den EVP-Ratsmitgliedern war wichtig, dass Familien unabhängig vom gewählten Familienmodell gestärkt werden. Entsprechend setzten sie sich im Rat für eine schweizweit gute und finanziell tragbare familienergänzende Kinderbetreuung ein. Die Vorlage geht nun in den Ständerat.



Fotos: pixabay.com

Starke Familien durch bessere Vereinbarkeit mit dem Beruf.

NOTHILFEREGIME

Rund 3000 Menschen stecken in der Schweiz nach dem alten Asylrecht im sogenannten «Nothilferegime» fest. Ihre Heimatländer verwehren ihnen trotz in der Schweiz abgelehntem Asylbescheid die Rückkehr. Sie – 40 Prozent sind Frauen und Kinder – leben seit Jahren in Nothilfeunterkünften, dürfen nicht arbeiten und müssen mit Nothilfe auskommen – ohne jegliche Perspektive. Der Nationalrat stimmte einer Mo-

tion zu, die Nik Gugger von Marianne Streiff übernommen hatte. Sie fordert den Bundesrat auf, diesen Langzeitbleibenden in einer einmaligen humanitären Aktion ihren Aufenthaltsstatus dauerhaft zu regeln – vorausgesetzt sie sind willens und in der Lage, sich zu integrieren und sie sich mindestens eine Landessprache angeeignet haben. Die Vorlage geht nun in den Ständerat.



Foto: Rebekka Suter



Marianne Streiff und Nik Gugger: Hilfe für die Schwächsten.

FAMILIENZULAGEN

In einem Vorstoss fordert Marc Jost den Bundesrat auf, die Familienzulagen zu erhöhen. Künftig soll die Kinderzulage mindestens 250 Franken je Kind betragen, die Ausbildungszulage 300 Franken. Nach der Geburt eines Kindes reduziert in den meisten Familien ein oder beide Elternteile zumindest vorübergehend die Arbeitszeit – inklusive entsprechendem Einkommensrückgang. Gleichzeitig steigen die

Haushaltsausgaben mit jedem Kind dauerhaft an. Hinzu kommt die aktuelle Teuerung: Gerade Familien mit weniger Einkommen trifft die aktuelle Preisexplosion bei Strom, Heizung, Essen, Mieten oder Krankenkassenprämien überdurchschnittlich hart. Höhere Familienzulagen können zudem alle Familien wirksam unterstützen – unabhängig vom gewählten Betreuungs- und Erwerbsmodell.



Foto: Rebekka Suter

Marc Jost: Höhere Kinderzulagen stärken alle Familien.

KLIMARISIKEN

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat den Auftrag, die Geld- und Währungspolitik im Gesamtinteresse des Landes zu führen und die Preisstabilität zu gewährleisten. In einem mit anderen Parlamentsmitgliedern eingereichten Vorstoss möchte Lilian Studer das Nationalbankgesetz so ändern, dass die SNB künftig auch Klima- und Umweltrisiken berücksichtigen muss. Die SNB weist darauf, dass ihr Mandat

ihr dafür nicht ausreichend Spielraum einräume. Deshalb soll dieses Mandat entsprechend erweitert werden, damit die SNB künftig Klimarisiken in ihren Entscheiden und geldpolitischen Instrumenten umfassend berücksichtigen kann. Denn weltweit werden Klimarisiken als signifikante finanzielle Risiken eingestuft, welche die Finanz- und Preisstabilität gefährden können.



Foto: Rebekka Suter

Lilian Studer: SNB soll Klimarisiken in ihre Geldpolitik einbeziehen.

«DIE BEHINDERUNG MUSS NEBENSÄCHLICH WERDEN!»

Sie lebt mit einer Behinderung. Im Alltag ist sie gut organisiert, unterrichtet am Gymnasium, politisiert im Berner Grossrat. Doch es braucht nur eine Treppe vor einem Restaurant oder die behördliche Forderung, nachzuweisen, dass sie noch behindert ist – schon nimmt die Behinderung einen Raum ein, der ihr nicht zusteht. Simone Leuenberger über den Alltag mit Behinderung, Behördenschikane, politische Teilhabe und die Inklusions-Initiative.

Foto: Rebekka Suter



Simone Leuenberger, 48
Gymnasiallehrerin für
Wirtschaft und Recht, Uettiligen,
Grossrätin EVP Kanton Bern,
Rollstuhlfahrerin

Simone, weshalb bist du auf den Rollstuhl angewiesen?

Ich habe eine Muskelkrankheit. Das ist keine Krankheit im eigentlichen Sinn, sondern eine Behinderung. Ich habe sehr wenig Kraft. Deshalb frage ich ab und zu: «Kannst du mir deine Kraft leihen?», z.B. um eine Flasche oder eine Tür zu öffnen.

Wie müssen wir uns einen Tag in deinem Leben vorstellen? Was behindert dich im Alltag konkret?

In meinem Alltag bin ich gut organisiert. Ich habe Assistentinnen angestellt, die mich bei all dem unterstützen, was ich mit meiner Behinderung selbst nicht tun kann. Behindert fühle ich mich v.a. durch Hindernisse im öffentlichen Raum wie Stufen und durch administrative Schikanen. Ich muss von Zeit zu Zeit wieder beweisen, dass ich immer noch behindert bin.

Trotz aller Hindernisse hast du es ins Kantonsparlament geschafft. Um die politische Teilhabe von Menschen mit Behinderung ist es demnach nicht so schlecht bestellt?

Ich bin in einer äusserst privilegierten Lage. Doch eine ange-

messene Vertretung von Menschen mit Behinderungen haben wir noch lange nicht. Gemäss Statistik müsste dafür ein Fünftel der Amtsträgerinnen und -träger mit einer Behinderung leben.

Ende März fand im Bundeshaus die erste Behindertensession statt. Was hat diese aus deiner Sicht gebracht?

Wir wurden für einen kurzen Augenblick sichtbar. Das ist ein erster Schritt. Nun müssen aber weitere folgen.

Welche Forderungen wurden konkret gestellt und was passiert nun damit?

Wir haben eine Resolution verabschiedet mit dem Titel «Vollständige politische Teilhabe jetzt!» Die Forderungen betreffen die ganze Bandbreite der politischen Teilhabe: Vom Stimm- und Wahlrecht über Hindernisfreiheit von politischen Prozessen und Veranstaltungen bis hin zur direkten Repräsentation von Menschen mit Behinderung auf allen politischen Ebenen.

Du sprachst in der Arena zur Session davon, dass es in der Schweiz ein Umdenken braucht. Woran denkst du dabei?

Menschen mit Behinderung werden noch zu häufig als bemitleidenswerte Wesen angeschaut, die Schutz und Fürsorge brauchen. Wir wollen aber dazugehören und unseren Beitrag zur Gesellschaft leisten.

Diese Woche startest du die Unterschriftensammlung für die Inklusions-Initiative mit. Worum geht es da?

Die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung soll in der Bundesverfassung verankert werden.

Was müsste für dich persönlich realisiert sein, damit du sagen kannst: Ich fühle mich vollständig in die Gesellschaft integriert?

Die Behinderung muss nebensächlich werden. In den 90er Jahren auf einer USA-Reise fragte ich in einem Einkaufszentrum nach einem Rollstuhl-WC. «Die

WCs sind dort drüben», hiess es. Ich konnte ganz selbstverständlich dort auf die Toilette gehen, wo alle anderen es auch taten. Meine Behinderung spielte keine Rolle.

Dies erlebe ich bereits heute beim Unterrichten. Ich bin die Lehrerin und die Kollegin aus der Wirtschaftsfachschaft. In der EVP erfahre ich das übrigens auch. Meine Behinderung war für die Nationalratskandidatur nebensächlich.

Zur Herausforderung wird Inklusion, wenn wir gemeinsam unterwegs sind und die Hindernisse sich nicht aus dem Weg räumen lassen. Wenn es um die fehlende Zugänglichkeit geht wie z.B. Stufen vor einem Restaurant, stellt sich unweigerlich die Frage: Ziehe ich mich zurück oder lassen sich die anderen mit mir behindern? Dann wird meine Behinderung zur Hauptsache und dieser Platz steht ihr nicht zu.

.....
INTERVIEW: DIRK MEISEL
LEITER KOMMUNIKATION EVP CH
dirk.meisel@evppev.ch
.....



Die Inklusions-Initiative will Menschen mit Behinderung in der Verfassung gleichstellen. Simone Leuenberger beim Unterschriftenstart der Initiative Ende April in Bern.

Fotos: Dirk Meisel

FLEXIBILITÄT BEI ERNEUTEM AUSBRUCH

Am 18. Juni stimmt die Bevölkerung ein weiteres Mal über das Covid-19-Gesetz ab. Einzelne Bestimmungen des bis Ende Dezember 2022 befristeten Gesetzes zur Bewältigung der Pandemie wurden bis Sommer 2024 verlängert. Sie sollen in den Wintermonaten 2023/2024 bei Bedarf zur Verfügung stehen. Dagegen wurde das Referendum ergriffen. Der Parteivorstand der EVP Schweiz hat mit 8 Ja- zu 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung die Ja-Parole beschlossen.



Foto: pixabay.com

Parat, falls eine riskante Virus-Variante im Winter erneut zirkuliert

Um möglichen saisonalen Erkrankungswellen insbesondere in den Wintermonaten zu begegnen, sollten ausgewählte Artikel des Covid-19-Gesetzes bis im Sommer 2024 verlängert werden. Die Verlängerung war vom Parlament dringlich verabschiedet worden, weshalb sie

bereits am 1. Januar 2023 in Kraft trat. Der Nationalrat (140:50) und der Ständerat (39:1) hatten das Gesetz mit deutlichen Mehrheiten angenommen. Lehnt das Stimmvolk das Gesetz ab, würde die Verlängerung gestoppt.

Schutz vulnerabler Arbeitnehmender

Verlängert werden zum Beispiel die Bestimmungen zum Covid-Zertifikat. Damit soll das Zertifikat weiterhin international kompatibel und die Reisefreiheit gewährleistet bleiben. Auch die Kompetenz, die Entwicklung von Covid-19-Arzneimitteln zu fördern, soll bis Sommer 2024 bestehen bleiben, ebenso wie die Regelung zum Schutz vulnerabler Arbeitnehmenden.

Reisefreiheit für Grenzgänger

Ausserdem will man die gesetzlichen Grundlagen für die Swiss-Covid-App für die Wintermonate 2023/2024 beibehalten. Die App war Anfang April 2022 deakti-

viert worden. Sie soll bei Bedarf erneut das klassische Contact Tracing der Kantone ergänzen. Und schliesslich wurden Bestimmungen für Massnahmen im Ausländer- und Asylbereich sowie bei Grenzschliessungen verlängert. Hier geht es darum, die Reisefreiheit von Grenzgängerinnen und Grenzgängern sowie der Grenzbevölkerung zu wahren.

Der Bund hatte Anfang April 2022 die «besondere Lage» nach Epidemienengesetz für beendet erklärt. Seither gilt wieder die «normale» Lage. In dieser nimmt der Bund weiterhin Aufgaben im Rahmen seiner Kompetenzen wahr.

KANTON THURGAU



AUS EIGENER KRAFT

Die EVP Frauenfeld konnte an den Stadtparlamentswahlen vom 23. April einen Sitzgewinn verbuchen und ist neu wieder mit drei Gemeinderäten vertreten. Der Stimmenanteil von 7.33% liegt 1.55% über dem Ergebnis von 2019, keine andere Partei konnte so stark zulegen. Damit konnten die drei Sitze aus eigener Kraft erzielt werden. Zum guten Ergebnis beigetragen haben die vielen Wahlzettel, die unverändert

eingeworfen wurden. Und die unglaubliche Anzahl Panaschierstimmen, die Samuel Kienast zum Panaschierkönig kürten. Neben der EVP hat nur noch die Fraktionspartnerin «Die Mitte» nominell mehr Stimmen gemacht als vor vier Jahren. Alle anderen Parteien haben im Zuge der gesunkenen Stimmbeteiligung ein schlechteres Ergebnis erzielt als 2019. (Elisabeth Rickenbach)



Foto: zVg

Gewählt: Roland Wyss, Stefan Eggimann, Samuel Kienast

KANTON APPENZELL AR



GROSSE TREUE

Bei den Wahlen in Appenzell AR konnte die EVP ihre zwei Sitze im Kantonsrat sowie die drei Sitze im Herisauer Einwohnerrat halten – dies trotz grösserer Konkurrenz und leichten Verlusten beim Wählendenanteil. Dank breit abgestützten, vollen Listen konnte die EVP auf eine grosse Wählerschaft aus verschiedenen Alters- und Berufsgruppen sowie kirchlichen Kreisen zählen. Die grosse Treue der Wählerinnen und

Wähler ist ein wesentlicher Aspekt für den Erfolg. Sehr erfreulich ist zudem, dass die EVP prozentual am meisten Panaschierstimmen gewonnen hat. Dies zeugt davon, dass die Partei anerkannt ist sowie eine glaubwürdige und konstruktive Politik betreibt. Mit einer gemeinsamen Exekutiv-Liste konnte auch der Sitz von EVP-Gemeinderat Peter Künzle gesichert werden. (Mathias Steinhauer)



Foto: zVg

Die EVP AR konnte alle ihre Sitze trotz schwierigem Umfeld halten..

KREATIVER SCHMETTERLING MIT GROSSEM HERZ FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT

Fotos: Yannick Wenger



Leona Eckert, 17
Schülerin am Gymnasium mit Schwerpunkt Bildnerisches Gestalten, Co-Präsidentin Junge EVP Schweiz

Meine Stärken:

Sachen planen, Organisieren, kreativ sein, neue Projekte anreissen, andere motivieren

Daran arbeite ich noch:

Meine Ressourcen gut einzuteilen und besser zuzuhören, wenn jemand eine total andere Meinung in Diskussionen vertritt als ich, eine gute School-politics-life-Balance zu finden

Wenn ich ein Tier wäre...

...dann wäre ich ein Schmetterling und würde den ganzen Tag fröhlich auf einer Blumenwiese herumfliegen.

Welches Buch sollte man unbedingt mal gelesen haben?

Da könnte ich eine ganze Liste an Büchern nennen, aber aktuell kann ich das Buch „Piff, Paff, Puff“ von Aline Wüst empfehlen, welches einen aufrüttelnden und realitätsgetreuen Einblick in die Prostitution in der Schweiz gibt.

Welche Männer und Frauen sind meine Vorbilder?

Mein grösstes Vorbild ist Jesus, weil er bedingungslose Liebe für alle Menschen hat und sich für die Leute am Rand der Gesellschaft eingesetzt hat. Und ich bin ein riesiger Fan von ganz vielen verschiedenen, tollen

Frauen, darunter auch von unserer Parteipräsidentin Lilian Studer.

Mein Lieblingszitat:

«Wenn Gott einen Menschen misst, legt er das Massband nicht um seinen Kopf, sondern um sein Herz.» Corrie Ten Boom

Darum mache ich Politik:

Ich engagiere mich politisch, weil ich es wichtig finde, dass auch Christen und Christinnen sich für ihre Werte einsetzen. Es gibt mir ausserdem die Möglichkeit, viele neue Leute kennenzulernen, mich mit ganz verschiedenen Themenbereichen auseinanderzusetzen sowie neue Fähigkeiten zu erlernen und zu entdecken.

Das ist mir wichtig:

Ehrliche Kommunikation, Vertrauen, anderen zuzuhören

Das kann ich nicht ausstehen:

Ungerechtigkeit, Hass, Fleisch, Ketchup und Autos

Ich mag Menschen, die...

...sich von ganzem Herzen für andere einsetzen, ihren Mitmenschen freundlich und offen begegnen sowie sich für neue und verrückte Ideen begeistern können.

Ich habe Mühe mit...

...Menschen, die andere bewusst verletzen oder ausgrenzen, ausserdem mit intransparenter, realitätsferner Politik und mit Frontalunterricht.

Davon träume ich:

Ich träume von einer Welt voller Freude und ohne Armut und Krieg. Realität wird das aber leider wahrscheinlich erst im Himmel.

Wenn ich Bundesrätin wäre, würde ich...

...veranlassen, dass Menschen mit abgewiesenem Asylent-

scheid, in der Zeit, in der sie in der Schweiz warten und nicht zurückgeführt werden können, in die Gesellschaft integriert werden und arbeiten dürfen.

Als Co-Präsidentin Junge EVP möchte ich...

...dass unsere Jungpartei weiterhin breit aufgestellt ist und mehr Mitglieder dazu motivieren kann, sich aktiv einzubringen. Und ich möchte viele tolle Aktionen mit anderen Jungparteien machen.

Unsere Ziele für die Wahlen 2023:

Möglichst viele Kandidierende für die J EVP, das gibt uns ein Gesicht und hilft uns, für kommende kommunale und kantonale Wahlen Wahlkampf Erfahrung

zu sammeln sowie unsere Reichweite zu vergrössern.

Ich wünsche mir, dass die Junge EVP in 4 Jahren...

...immer noch aus vielen motivierten und interessierten Leuten besteht. Dass sie als Jungpartei bekannt ist, welche die Anliegen aller Menschen in der Schweiz ernst nimmt und nicht aus Interesse am eigenen Vorteil politisiert (wobei ich hoffe, dass wir diesen Ruf bereits haben).

Mein Wunsch für die Schweiz:

Ich wünsche mir für die Schweiz mehr Mut, sich bei Kriegen und Konflikten klar zu positionieren sowie mehr Offenheit für neue Lösungen in der Klima- und Sozialpolitik.



Will nicht für den eigenen Vorteil politisieren: Leona Eckert

TERMINE 2023

30.05. - 16.06. Sommersession des eidgenössischen Parlaments

03.06. Kandidierendenschulung

18.06. Eidgenössische Volksabstimmung

STELL DIR VOR, EIN FLUSS HAT RECHTE

«Der Mensch steht über allen anderen Lebewesen. Findest du das richtig?» oder «Stell dir vor, ein Fluss hat Rechte» – solchen Fragen und Impulsen sahen sich die Gäste des diesjährigen Club 1000 Ende April gegenübergestellt. Sie durchstreiften im Lenzburger Stapferhaus barfuss die multimediale und interaktive Ausstellung «Natur und wir?». Anschliessend hiess Parteipräsi-

dentin Lilian Studer die Gäste im Barracuda willkommen. Tabea Kryemadhi und Beni Hasler verzauberten mit ihrem Gesang die edel-lässige Club-Atmosphäre musikalisch. Die drei Nationalratsmitglieder schilderten im Talk ihr Engagement für eine intakte Umwelt (Klimaschutzgesetz), respektvolles Miteinander (Nothilfe) und starke Familien (Kinderzulagen).



Gelöst-entspannte Atmosphäre beim Apéro des Dankesanklasses.

Foto: Dirk Meisel

VOX POPULI

BREITERE ABSTÜTZUNG POLITISCHER ENTSCHEIDE

Die Vox Populi-Studie* von NR Nik Gugger und der Universität St.Gallen (HSG) ist Teil eines Versuchs, politische Arbeit wieder näher zu den Wählenden zu bringen. Während vor allem Firmen seit einigen Jahren neue technologische Entwicklungen aufnehmen, um ihre Entscheidungsprozesse zu verbessern, ist die Politik auf diesem Feld eher träge. Diese erste Vox Populi-Studie (übersetzt: «Stimme des Volkes») ist ein seriöses Politik-Experiment, um zwei Dinge zu erreichen: Zum einen wollte Nik Gugger mögliche politische Vorstösse zu den Boni-Zahlungen an Führungskader systemrelevanter Banken und staatsnaher Betrieben breiter unter den Wählenden seiner Partei abstützen. Zum anderen wollte

die HSG unter Leitung von Prof. Dr. Roger Moser ihren Decision Intelligence-Ansatz (übersetzt: „Entscheidungsintelligenz“) von der Wirtschaft auf die Politik übertragen. Die Resultate sind in Bezug auf beide Ziele sehr erfolgsversprechend. Erstens hat Nik Gugger zu fünf möglichen Vorstössen in vier Tagen von mehr als 20% der zufällig angefragten 300 Wählende der EVP ZH ihre Meinung erhalten und dabei viele wichtige inhaltliche Erkenntnisse gewonnen. Zum Beispiel haben alle jene Vorstösse eine wesentlich höhere Zustimmungsrate (+ 10 Prozentpunkte), die sicherstellen, dass die Anreizsysteme und konkreten jährlichen Zahlungen **transparent** publik gemacht

Mögliche politische Vorstösse**

Mögliche politische Vorstösse**	Zustimmung
Boni auf maximal zwei Monatslöhne kappen	78%
Vergütung von VR und GL transparent publik machen	87%
Lohnschere maximal Faktor 15	74%
Ethische + soziale Kriterien in Führungsprinzipien integrieren und Einhaltung transparent machen	88%
Verhältnis Bonuszahlungen zu Gewinn/Verlust transparent machen	87%

**Für systemrelevante Banken und staatsnahe Betriebe

Fazit: Die Menschen wollen eine Veränderung im Umgang mit Bonuszahlungen sowie klare Regeln, die insbesondere eine transparente Publikation einfordern.

werden. Zweitens konnte die Studie aufzeigen, dass man mit relativ einfachen digitalen Mitteln, die politische Arbeit **breiter** abstützen kann. So kann man auch Menschen, die sich sonst aus verschiedensten Gründen (Gebrechlichkeit, Zeit

etc.) nicht in physischen Gremien und Veranstaltungen einbringen können, einfacher und effizienter in die politische Arbeit einbinden.

PROF. DR. ROGER MOSER
UNIVERSITÄT ST.GALLEN

* Delphi (Expert Panel) Studien basieren nicht auf Homogenität oder Repräsentativität der Teilnehmenden, sondern erlauben die Integration von möglichst viel Heterogenität. Deshalb ist nicht die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer entscheidend, sondern deren verschiedene Hintergründe und Perspektiven.

EUER
WEGBEGLEITER
FÜR EINEN
REIFEN GLAUBEN.

JETZT die neue AUFATMEN bestellen

WWW.AUFATMEN.CH | 043 288 80 10

1/2 JAHR
GRATIS
LESEN!

NEU

Anzeige